

CVP POST

Dezember 2013 | www.cvp.ch

Die CVP-Post ist das Parteiblatt der CVP Basel-Stadt und erscheint mehrmals jährlich. Die CVP-Post ist online basiert und soll wie ein Newsletter für unsere Mitglieder funktionieren. Es wird Ihnen zusätzlich auch eine gedruckte Version dieses Parteiblatts zugesandt.

In der CVP-Post werden Sie über politisch aktuelle Themen informiert, Protagonisten schreiben Ihre Sicht der Dinge zu einem Standpunkt und Sie werden über kommende Anlässe orientiert. Die Redaktion liegt im Sekretariat der CVP Basel-Stadt bei Patrick Huber.

Wenn Sie Fragen, Anregungen oder gar Themenvorschläge zur CVP-Post haben, so freuen wir uns auf Ihr Feedback an sekretariat@cvp-bs.ch.

Und jetzt wünschen wir Ihnen noch eine spannende und interessante Lektüre!

Albietz hat aufgeräumt von Patrick Huber

Als Daniel Albietz vor fast vier Jahren in den Gemeinderat gewählt wurde und das Ressort «Siedlungsentwicklung und Grünanlagen» übernahm, bekam er es mit einem eigentlichen Scherbenhaufen zu tun: Das Volk hatte eben erst den neuen Dorfkern mit Parkhaus abgelehnt, mit den halb leer stehenden Sozialwohnungen am Rüchligweg wusste niemand etwas anzufangen und eine längst fällige Zonenplanrevision lag in weiter Ferne, weil vom Moostal bis zu den Schrebergärten parlamentarische Vorstösse und Initiativen hängig waren und noch eingereicht wurden.

Doch diese schier ausweglose Situation hat Albietz nicht abgeschreckt, ganz im Gegenteil: Aus heutiger Sicht könnte man sagen, dass er hat die Herausforderung regelrecht gesucht hat; er wollte zeigen, dass man mehr aus Riehen machen kann, dass auch in Riehen Entwicklung möglich ist.

So kam es, dass Albietz dreieinhalb Jahre lang eine schubladisierte Vorlage nach der anderen in und durch den Einwohnerrat brachte. Hinter den Kulissen wurden mit Initiativkomitees und politischen Gegnern

Lösungen gesucht und tragfähige Kompromisse gefunden. Diese Art der Lösungsfindung beeindruckt, denn es ist nicht gerade einfach, mit Schrebergärtnern, Gewerblern und Naturschützern Lösungen zu finden, die standhalten und hinter denen eine grosse Mehrheit stehen kann – auch oder gerade weil nicht alle vollkommen glücklich sind.

Mittlerweile hat Albietz aus allen einleitend erwähnten Sackgassen einen Ausweg gefunden: z. B. eine Vorlage für die Aufwertung des Riehener Dorfkerns (soeben durch den Einwohnerrat mit deutlichem Mehr verabschiedet), diverse Bebauungspläne (darunter eine Zentrumsbebauung bei der S-Bahnhaltestelle Niederholz und ein Bebauungsplan für ein Alters- und Pflegeheim sowie 90 Genossenschaftswohnungen am Kohlistieg/Rüchligweg), erfolgreiche Gegenvorschläge für die Familiengarteninitiative und die Moostalinitiative II und der Entwurf eines total revidierten Zonenplans inkl. einer Nutzungsplanung für das Stettenfeld, die aktuell im Einwohnerrat zur Debatte stehen.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass Daniel Albietz die vom Vorgänger



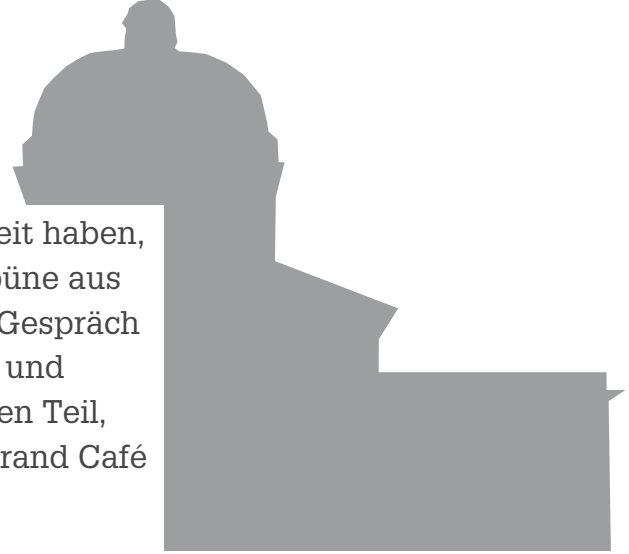
Daniel Albietz

übernommene, bis zum Bersten volle Schublade an Pendenzen in den letzten vier Jahren gründlich und erfolgreich ent-rümpelt und manchen langjährigen Riehener Konflikt einer Lösung zugeführt hat. Dem Wähler stellt sich lediglich die Frage, ob Albietz mit seinem effizienten Arbeitstil in einer nächsten Legislatur überhaupt noch genug zu tun hat im bisherigen Aufgabenbereich oder ob er sich nicht besser eines nächsten Ressorts annehmen soll.

Am 3. März 2014 organisiert die CVP Basel-Stadt einen

Bundeshausbesuch in Bern

Wir werden von 17:30h – 18:30h die Gelegenheit haben, dem Nationalrat beim Debattieren von der Tribüne aus zu beobachten. Anschliessend steht in einem Gespräch unser Nationalrat Markus Lehmann für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Nach dem offiziellen Teil, werden wir den Abend bei einem Apéro im «Grand Café des Alpes» ausklingen lassen.



Da die Platzzahl sehr beschränkt ist, bitten wir Sie sich via Mail an sekretariat@cvp-bs.ch anzumelden.

Vom Sinn und Unsinn der Volksinitiativen

von Patrick Huber



Was haben die 1:12-Initiative, die Masseneinwanderungsinitiative, die Mindestlohninitiative und die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen gemeinsam? Auf den ersten Blick ziemlich wenig, kommen sie doch von ganz unterschiedlicher politischer Couleur und behandeln ein ganz anderes Themenfeld. Wenn man aber beim zweiten Mal hinschauen auf die Auswirkungen schaut bemerkt man viele Gemeinsamkeiten. Sie alle würden einen radikalen Eingriff in die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der erfolgreichen Schweiz bedeuten. Bei der einen Seite würden die grossen Multis geschwächt, bei der anderen die bilateralen Verträge gekündigt, bei der nächsten der Produktionsstandort Schweiz geschwächt und bei der letzten geht bald niemand mehr arbeiten.

Doch was sind die Gründe dafür, dass solche Initiativen lanciert und eingereicht werden? Weshalb wollen Schweizer immer wieder selbst ihr Land schwächen? Geht es uns zu gut? Sind das die wirklich wichti-

gen Themen der Schweizer Politik? Ich finde auf alle diese Fragen keine endgültigen Antworten, auch wenn es einige Ansätze gibt. Sicher ist, dass es der Schweiz hervorragend geht. Die Parteien und Gruppierungen in der Schweiz können sich, nicht wie in anderen Ländern, mit den staatspolitisch wichtigsten Themen wie Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, nicht funktionierendes Bildungssystem etc. beschäftigen also müssen Themen der zweiten Priorität her wie z.B. Verdienen Manager zu viel? Kommen zu viele Ausländer in die Schweiz? Sollen in der Schweiz nicht alle ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten? usw. All diese Initiativen sind sehr gefährlich für unser Wirtschaftssystem und könnten Auswirkungen haben, die wir uns noch nicht vorstellen können. Man sollte sich beim Abstimmen immer zwei Mal überlegen, ob diese Sache es jetzt wert ist, unseren Wohlstand aufs Spiel zu setzen oder nicht. Und noch etwas ist so gut wie sicher: Mit der Anzahl dieser Initiativen steigt auch die

Gefahr, dass irgendeine einmal angenommen wird, denn nicht jede Partei und jeder Verband kann eine millionenschwere Gegenkampagne aus dem Ärmel schütteln. In meinem Verständnis von Staat und Gesellschaft ist es sowieso nicht primär Aufgabe der Parteien eine Initiative nach der anderen zu lancieren, denn genau diese Personengruppen sitzen ja in den Parlamenten und können sich dort einbringen – deshalb wählen wir sie ja. Die Initiative und das Referendum sollten primär Mittel sein, die Personengruppen lancieren, die nicht in den Parlamenten vertreten sind oder allenfalls eine Partei mit einer sehr kleinen Vertretung in den Räten. Weshalb nun bald jede Partei, die im Nationalrat vertreten ist, ihre eigene(n) Initiative(n) vors Volk bringen muss, leuchtet mir – mal abgesehen von der erhaltenen Aufmerksamkeit – nicht ein.

Schädliche Initiativen von links und von rechts – standhafte CVP



von Lukas Engelberger

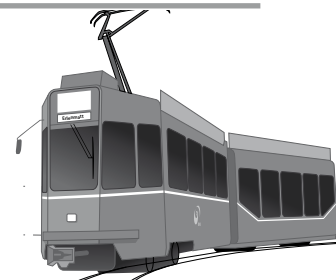
Der Advent beginnt, und die Politik geht bald in die Weihnachtspause – aber nur für kurze Zeit. Nachdem das Experiment des medial halluzinierenden Sozialismus am 24. November verhindert werden konnte, droht bereits am 9. Februar die nächste Bescherung, kommt das real existierende Erfolgsmodell Schweiz erneut unter Druck. Dieses Mal von rechts. 1:12 und Zuwanderungsstopp werden zwar von anderen Parteien gefordert und mögen auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben. Doch der Eindruck täuscht. Beide Initiativen richten sich direkt gegen eines der wichtigsten Erfolgsrezepte der Schweiz: gegen unser freiheitliches Arbeitsrecht. Arbeitgeber dürfen hierzulande sehr weitgehend einstellen, wer die nötigen Kompetenzen mitbringt – und ihm oder ihr soviel zahlen, wie der Markt verlangt,

wobei Gesamtarbeitsverträge und weitere Rahmenbedingungen für soziale Mindest-Standards sorgen. So gesehen ist die Initiative der SVP, die sich gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU richtet und ein neues Kontingent-System mit Inländer-vorrang fordert, ein ebenso krasser Eingriff in die wirtschaftliche Gestaltungsfreiheit der schweizerischen Unternehmen wie die 1:12-Utopie der Jusos. Sie ist auch ebenso gefährlich und wirtschaftsfeindlich. Die Initiative der SVP wird, wenn sie umgesetzt werden muss, zur Kündigung der Bilateralen führen und die wirtschaftlichen Erfolge der Schweiz radikal in Frage stellen. Natürlich bringt Zuwanderung auch Herausforderungen und Probleme: Mehr Wachstum bringt mehr Wettbewerb, mehr Druck im Alltag, auch eine höhere Gefahr, verdrängt zu werden. Es ist dies der Preis

des Wachstums – ein Preis, der nicht immer billig ist. Aber doch ein Preis, den wir zahlen können, wie die vergangenen Jahre zeigen, denn unser Wohlstand hat zu- und nicht abgenommen. Last but not least: Die stärkere Vernetzung mit den europäischen Nachbarn hat uns nicht nur wirtschaftliche Vorteile gebracht: wir sind alle auch persönlich freier geworden. Darum geht es bei der Personenfreizügigkeit in erster Linie; deshalb heisst sie auch so.

Ich bin froh und dankbar, Präsident einer Partei zu sein, die den Verlockungen des Populismus widersteht und konsequent gegen schädliche Initiativen antritt. Im 2013, wie auch im 2014.

Referendum gegen das Erlenmatttram



Lieber Remo, als Präsident unserer Grossratsfraktion und Mitglied der Uvek (Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission) bist du einer der Väter des

Referendums gegen das Erlenmatttram. Warum soll diese Tramlinie nicht gebaut werden?

Diese Tramlinie soll aus hauptsächlich zwei Gründen nicht gebaut werden: sie ist zu teuer und wird nicht gebraucht. Die neue Trammstrecke kostet 68 Millionen Franken und wäre damit wohl eine der teuersten Trammstrecken überhaupt. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir auch in Basel zu unseren Finanzen Sorge tragen müssen, denn das Investitionsvolumen sowie die damit verbundene Zinslast nehmen stetig zu. Ich möchte nicht, eines Tages ein Bildungsprojekt bachab schicken müssen nur weil wir das Geld bereits Erlenmatttram ausgegeben haben. Das zweite Hauptargument ist der Nutzen: Der Bus, der bereits heute bei der Erlenmatt durchfährt transportiert momentan durchschnittlich 15 Personen pro Fahrt.

Wenn sich nach dem Bau des Shoppingcenters diese Zahl erhöht können wir nochmals über eine Tramlinie reden, bis dahin genügt jedoch eine Buslinie vollkommen.

Ist das Referendum ein Votum gegen den Tramausbau generell?

Nein, absolut nicht. Wir stehen voll hinter dem Tramnetz 2020. Allerdings sollte man auch als "Trämmlifan" jedes Projekt genau anschauen und den Nutzen den Kosten gegenüberstellen.

Zum bevorstehenden Abstimmungskampf. Was müssen die Bürgerlichen tun, um diese Abstimmung zu gewinnen? Wo ist deiner Meinung nach die grösste Knacknuss?

Es wird nicht ganz einfach sein, unsere Argumente an die Bevölkerung zu tragen – ohne dass wir als Tramgegner wahrgenommen werden. Wir müssen sachlich erklären, warum wir diese eine Tramlinie nicht möchten und was die Alternativen dazu sind.

Dem aufmerksamen Bürger fällt auf, dass sich in letzter Zeit die kantonalen Referenden mehren, obwohl in nächster Zeit keine kantonalen Wahlen anstehen. Diese Tatsache lässt darauf schliessen, dass dem Grossen Rat die Fähigkeit Kompromisse zu schliessen abhanden kommt. Ist das Verhältnis zwischen den Fraktionen rauer geworden?

Ich würde nicht sagen, dass das Klima rauer geworden ist, aber der Eindruck täuscht nicht, es geht um das Umgehen mit Minderheiten im Grossen Rat – schliesslich könnte auch eine knappe Mehrheit jedes Geschäft durchdrücken. Wurde früher vermehrt versucht Kompromisse zu schliessen, werden vielleicht heute die Mehrheiten konsequenter ausgespielt. Obwohl man bei den Referenden schon differenzieren muss, denn es sind nicht immer die gleichen Mehrheiten, die den Claraturm, die Geschlechterquote und das Erlenmatttram beschlossen haben.

Wir Frauen schaffen das auch ohne Quote

von Manuela Hobi



Rechtzeitig konnte das «Komitee gegen Geschlechterquoten» das Referendum mit über 3'100 gesammelten Unterschriften einreichen – nötig wären 2'000 gewesen. Allein dieses Signal zeigt bereits, dass die Bevölkerung weiterhin die fähigsten Leute in den Verwaltungsräten will und keine Quotenfrauen oder Quotenmänner. Während wir auf den Strassen die Unterschriften gesammelt haben, stellten wir noch etwas fest: Beim Thema der Geschlechterquoten geht es nicht um die unterschiedliche Wahrnehmung zwischen jung und alt oder Frauen und Männern oder Linken und Rechten. Nein,

es geht darum, ob wir Frauen an uns selbst glauben

ob wir davon überzeugt sind, dass wir uns durchsetzen, weil wir gut sind. Wenn wir jedoch eine Quote einführen, weil wir nicht glauben, dass wir uns durch unsere Kompetenzen bis in die Verwaltungsräte hoch kämpfen können, ist das keine Gleichberechtigung, wie wir sie erreichen wollen! Eine starre gesetzliche Quote ist ein Schuss in den Rücken, für alle Frauen, die ihr Leben lang für eben diese Gleichberechtigung gekämpft haben und zurecht stolz darauf sind, etwas erreicht zu haben – ohne Quote wohlgermerkt.

Spannend ist es übrigens auch, Männern zuzuhören, die eine Quote befürworten. Wenn sie darüber sprechen, wie schwer wir Frauen es doch haben, uns in der Wirtschaft durchzusetzen, hört es sich unweigerlich nach Mitleid an. Dabei ist es ja genau das, was wir nicht wollen. Selbst die Quotenbefürworter sprechen in diesem Zusammenhang von Krücken für die Frauen. Meiner Meinung nach brauchen wir keine solchen Krücken.

Dazu kommt, dass die Quotendiskussion vielerorts zu einer Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf führt. Das hat aber nur marginal etwas miteinander zu tun. Soll dies das Ziel sein, muss die Quote lauten: 30% der VR-Mitglieder müssen weiblich sein und Teilzeit arbeiten und in der Freizeit ihre Kinder betreuen. Ich gehe nicht davon aus, dass die Mehrheit der Frauen, welche der Kanton bei Umsetzung der Quotenregelung suchen müsste, berufstätige Mütter sein werden.

Ich bin stolz darauf, einer Jungpartei anzugehören, die sich vom Parlament nicht alles gefallen lässt, sondern auch mal auf den Tisch klopft und sagt, wenn sie mit etwas nicht einverstanden ist. Nun steht am 9. Februar die Abstimmung über die Geschlechterquoten an und wir hoffen mit Ihrer Stimme diese Abstimmung zu gewinnen.

Persönlich

Die CVP Basel-Stadt gratuliert folgenden Mitgliedern und Sympathisanten zum runden Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft!

November

- 09. Karl Ingold (75)
- 22. Dominique Bussmann (50)
- 23. Peter Meier (80)
- 28. Tiziana Conti (25)

Dezember

- 08. Maria Kolly-Meier (90)
- 09. Bruno Thommen (70)
- 18. Bernhard Berger-Hüglin (50)
- 18. Urs Fischer (50)
- 22. Cristina Cadruvi-Roniger (50)
- 23. Rosa Oppliger (75)

Veranstaltungen im 2013/2014

Montag 16. Dezember

MV: Podiumsdiskussion Fusion BS/BL in der Kunsthalle

Dienstag 17. Dezember

Weihnachtsessen Aeschenplatz

Montag 6. Januar 2014

PL-Sitzung (Schnabel)

Samsatg 11. Januar 2014

Delegiertenversammlung CVP-Schweiz Bern

Donnerstag 16. Januar 2014

Parteiversammlung im Landgasthof in Riehen

Vor der Abstimmung im Mai 2014

Veranstaltung zum Erlenmatt-Tram